

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

8.4.1903 (No. 97)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 8. April.

№ 97.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelber frei.
Unerlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgenwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 24. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Gräflin Douglaschen Hausmeister Wilhelm Ruch in Langenstein die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 31. März d. J. gnädigst geruht, dem Ober-Postpraktikanten Hermann Badtsch in Karlsruhe unter Verleihung des Charakters als Postinspektor die Postkassiererstelle bei dem Postamt in Lahr zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 27. März 1903 gnädigst geruht, den Vorstand des Hoffinanzamts, Hoffinanzrat Adolf Adam, auf sein untertänigstes Ansuchen unter besonderer Anerkennung seiner langjährigen, treuen und erprießlichen Dienste bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf 1. Juli d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 31. März 1903 gnädigst geruht, den Kanzlei-Sekretär Johann Hirsch bei der Staatsanwaltschaft Konstanz auf sein untertänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Wahlen und Steuern.

Steuern auferlegen und beliebt sein, ist ebenso unmöglich, wie verliert und weise sein, hat einmal der englische Staatsmann Burke gesagt. Er hatte Recht. Jeder, der für ein Gemeinwesen, Reich, Staat, Kommunalverband, Gemeinde, Korporation Auflagen ausschreibt, ist unbeliebt. Das nutzen namentlich in Wahlkämpfen die extremen Parteien aus, und in Deutschland sucht hauptsächlich die Sozialdemokratie mit stetigen Hinweisen auf die Besteuerungsverhältnisse die Wähler gegen den heutigen Staat einzunehmen. Nun wird doch niemand, der noch keine Vernunft besitzt, behaupten wollen, daß sich die Aufgaben, die die einzelnen Gemeinwesen sich gesetzt haben und sich behufs Erhaltung auch der einzelnen Individuen setzen müssen, ohne Geldmittel lösen lassen. Also Steuern als solche müssen sein. Die Sozialdemokratie hat auch am wenigsten Veranlassung, über die Steuererleichterung an sich herzufallen. Ist sie es doch, die den Arbeitern, wie aus allen Veröffentlichungen über Abrechnungen ihrer Organe hervorgeht, ganz gewaltige Summen aus der Tasche nimmt, um sie zu Parteizwecken zu verwenden. Es kommt allerdings darauf an, daß die Steuern gerecht verteilt werden. Da aber wird man schwerlich ein Land finden, in dem dieser Forderung so sehr Genüge geschieht, als in Deutschland. Zum obersten Prinzip in der direkten Besteuerung der Einzelstaaten ist die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit erhoben. Die wohlhabenden Schichten zahlen hohe, die weniger wohlhabenden niedrige Steuerfüße. Nun wäre es aber durchaus verkehrt, auch für das sittliche Empfinden der betreffenden Bevölkerungsschichten durchaus nicht vorteilhaft, wenn der größte Teil der Arbeiterschaft überhaupt keine geldlichen Verpflichtungen gegenüber Reich und Staat mehr kennen würde. Hier schieben sich die indirekten Steuern zweckmäßig in das Steuerwesen ein. Der Druck aber, der von den gesamten Steuern auf den einzelnen Bevölkerungsschichten lastet, ist so verteilt, daß die widerstandsfähigsten Schultern durchaus die schwersten Lasten tragen. Jeder, der die in Deutschland und in seinen einzelnen Staaten vorhandene Besteuerung nur einigermaßen kennt, muß dieses Urteil unterschreiben. Was wünscht nun die Sozialdemokratie hieran geändert zu sehen? Sie fordert, um namentlich für die Wahlen die Massen einzufangen, daß diese überhaupt steuerfrei bleiben und lediglich die wohlhabenden Schichten die Steuern aufbringen. Sie weiß sehr wohl, daß dies unmöglich ist, daß die dann notwendig werdenden Steuern einer Konfiskation der Einkommen gleich sein und jedes Streben nach Einkommenssteigerung vernichten würden, ihr ist die Forderung aber als Zugmittel bei den Wahlen willkommen und deshalb stellt sie sie auf. Nicht bloß der Staat, auch die Arbeiterchaft würden darunter leiden, denn wenn das Streben nach Einkommenverbesserung

aufhören würde, würde natürlich auch die Arbeitsgelegenheit der Arbeiter sich verringern, der Arbeitsverdienst sich schmälern, die ganze Kultur Deutschlands zurückgehen. Auch in Wahlzeiten sollten deshalb die Wähler sehr vorsichtig die Darbietungen der Agitatoren über Einrichtungen, wie sie für das Schlaraffenland, aber nicht für einen modernen Staat passen, prüfen und vornehmlich der Sozialdemokratie gegenüber immer daran denken, daß diese selbst die beste Gelegenheit hätte, die Arbeiterschaft zu entlasten, wenn sie es nur unterließe, den Arbeitern zu Parteizwecken das Geld aus der Tasche zu ziehen.

* Neuwahlen in England?

Ein großes englisches Blatt will aus bester Quelle erfahren haben, daß die Auflösung des Parlaments in wenigen Monaten bevorstehe, und daß im Herbst Neuwahlen stattfinden würden.

Falls diese Mitteilung zutrifft, würde dem gegenwärtigen Parlaamente noch nicht einmal die Hälfte seiner gesetzlichen Lebensdauer beschieden gewesen sein. Da nun bei den letzten allgemeinen Wahlen die konservativ-unionistische Regierung eine über Erwarten große Mehrheit erlangt hat, so muß man anerkennen, daß die Anberaumung von Neuwahlen, nachdem noch nicht die Hälfte der Legislaturperiode verstrichen ist, ein Akt großer Noblesse seitens der Regierung wäre, denn sie begäbe sich freiwillig in die Gefahr, an Stelle einer vorhandenen großen Mehrheit durch ein ungünstiges Votum der Wählerschaft eine geringere Mehrheit zu erlangen, oder gar in die Minderheit zu geraten.

Diese Gefahr liegt ihm so näher, als gerade die in den letzten Wochen stattgehabten Erzwahlen einen starken „Druck nach links“ haben wahrnehmen lassen. Diese Erzwahlen haben stattgefunden in Wahlkreisen, die zu den sichersten Stützen der gegenwärtigen Regierungsmehrheit gehörten. In zwei dieser Wahlkreise hat die Opposition gesiegt, und zwar nicht nur mit einer kleinen Fallsmajorität, sondern mit einer sie selbst verblüffenden Mehrheit; in den dritten Wahlkreis hat die parlamentarische Majorität voll behauptet, aber ihr Stimmenplus, das bei den letzten allgemeinen Wahlen noch 2300 betragen hatte, sank auf 1100 herab.

Eine gelegentliche Niederlage hätte an sich nichts zu befagen, denn dergleichen findet bei Erzwahlen überall statt, aber zwei schwere Schlägen und eine halbe Niederlage unmittelbar hintereinander, das deutet doch wohl auf eine wesentlich veränderte Stimmung der Wählerschaft hin. Nun scheint die Regierung allerdings zu hoffen, eine der Ursachen der Niederlage ziemlich bald beseitigen zu können. Der Schatzkanzler Ritchie hat im Unterhause erklärt, er hoffe, daß die Lasten der Steuerzahler sich in diesem Jahre vermindern würden. Träfe diese Zusicherung noch vor den Neuwahlen zu, so würden allerdings die Chancen der Regierung wesentlich gebessert werden, denn es ist unbefreitbar, daß die infolge des süd-afrikanischen Krieges eingetretene erhebliche Mehrbelastung der Steuerzahler durch allerlei unbenutze und lästige Abgaben eine der Hauptursachen der Verstimmung ist. Aber einmal machen es die großen Neuforderungen für Heer und Marine nicht eben wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit eine Erleichterung der Steuerlast sich bemerklich machen wird, und zweitens hat Herr Ritchie nur eben eine Hoffnung ausgesprochen, die um so verdächtiger ist, als gleichzeitig ein Vorschlag, eine bestimmte lästige Steuer zu beseitigen, von der Regierung nachdrücklich bekämpft, und demgemäß auch vom Parlaamente abgelehnt wurde.

Die Regierung scheint aber ihre Hoffnung nicht so wohl auf die Wirkung von Steuererleichterungen zu setzen, als auf die ihr noch während des Burenkrieges so feindlich gesinnten Iren. Schon bei der Beratung der Heeresforderungen fiel es auf, daß, während verschiedene Anhänger der Regierung scharf mit ihr ins Gericht gingen, die Iren sich passiv verhielten. Bei der Abstimmung enthielten sie sich dann ihrer Stimme, wodurch der Regierung trotz des Abfalles einer Anzahl von Konservativen und Unionisten eine anständige Mehrheit gesichert wurde. Dieses Wohlwollen der Iren erklärt sich durch das Programm einer wesentlichen Erweiterung der lokalen Selbstverwaltung für Irland, mit dem die Regierung in den Wahlkampf ziehen will.

Es mag wohl sein, daß die Regierung damit die Iren, sowohl auf der grünen Insel selbst, wie die in England lebenden, sich wohlgenigt macht. Auf der anderen Seite

aber wird sie viele Stockengländer gegen sich aufbringen und gerade durch das irische Programm manchen Wahlsitz in England und Schottland verlieren.

Dann kann es sehr leicht kommen, daß die Liberalen zwar nicht die Mehrheit erlangen, die konservativ-unionistische Alliance aber auch nicht, und daß dann die Iren mit ihren Stimmen die Entscheidung in der Hand haben. Es würde dann so werden, wie in den letzten Zeiten des liberalen Ministeriums, und ebenso wie die Liberalen an dem Mangel einer eigenen Mehrheit schließlich zu Grunde gingen, würde es der konservativ-unionistischen Regierung ebenso gehen.

Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

Paris, 6. April. Deputiertenkammer. Chesnovaz (radikaler Republikaner) richtet an den Ministerpräsidenten Combes eine Anfrage, betreffend das im Grenobler Blatte „Le Petit Dauphinois“ zur Sprache gebrachte Anerbieten einer einflussreichen Persönlichkeit, auf ungeklärtem Wege die Zulassung der Kartäuser durchzusetzen.

Ministerpräsident Combes erwidert, daß er sich nicht zu derartigen Erörterungen herbeilassen würde, und nicht gewillt sei, auf die Schmähartikel der Zeitung zu antworten. Der Ministerpräsident weist die Verleumdungen mit Verachtung zurück u. erklärt, daß ihn nichts an der Fortführung des Wertes hindern werde. (Beifall links.)

Damit ist der Zwischenfall erledigt. Hierauf genehmigte die Kammer die Aufnahme einer Anleihe von 65 Millionen Francs für öffentliche Arbeiten in den französischen Kolonien Westafrikas.

Hierauf werden die beanstandeten Wahlen der Nationalisten Villeneuve und Daubé für gültig erklärt.

Jaurès über die Dreifusaffäre.

Jaurès erhält das Wort zur Wahl Chevrons und spricht sich gegen den Kommissionsbericht aus, der die Gültigkeit der Wahl empfiehlt. Chevrons hat sich die von der Vaterlandsliga gebrauchte Bezeichnung „Ministerium des Auslandes“ zu eigen gemacht. In der Untersuchungskommission hat er diese Bezeichnung damit begründet, daß der Versuch des Kabinetts Waldeck-Rousseau, das Kriegsgericht in Rennes zu beeinflussen, nur daran gescheitert sei, daß General Galliffet den bekannten Brief geschrieben habe. Und so habe er mit Recht die vom General gebrauchte Verleumdung benutzt und auch seinen regierungsfreundlichen Gegenkandidaten als solchen des Auslandes bezeichnet. Die Kommission hat diese Wendung zugelassen. Es wird an der Kammer sein, auf die Schmähung die verdiente Antwort zu geben. Man wirft mir ein, ich dürfe die Agitation nicht von neuem beginnen. Ja, aber warum hören unsere Gegner nicht auf, alles, was in der „Affäre“ dunkel geblieben ist, gegen die Republik auszubringen? So niederträchtige Angriffe geben den Republikanern das Recht, auf die Verleumdung zu antworten. Man hat behauptet, die Einmischung der Regierung nach Abschluß der eigentlichen Prozeßverhandlungen in Rennes habe den Urteilspruch gefälscht. Im Gegenteil, gerade die Schwäche der Regierung hat den Skandal erregt. In Wahrheit ist die Partei des Auslandes die, welche sich seit vier Jahren auf eine Fälschung mit der Unterschrift eines fremden Herrschers beruft. Die Geschichte dieser Legende will ich verfolgen. Der Text der angeblichen Note ist Deutsch. Aber man hat die Uebersetzung veröffentlicht. Willkür hat in einer öffentlichen Versammlung bestätigt, daß der Brief des Deutschen Kaisers vorhanden sei; die „Libre Parole“ gab am 6. September 1899 den Text: „Schicken Sie möglichst schnell das erwähnte Dokument; machen Sie, daß die Kamille Dreifus sich bezieht.“ Nachher gab denselben Wortlaut; und auch Frau Severine hat eine Mitteilung dieses Textes erhalten. Endlich haben die liberalen Blätter „Croix“ und „Vérité“ die Echtheit des Kaiserbriefes bestätigt. (De Dion (Nationalist): Das hat alles nichts mit Chevrons Wahl zu tun. Wir wollen nicht, daß die Dreifusaffäre wieder aufgerollt wird. Großer Lärm links. De Dion erhält einen Ordnungsruf.) Jaurès, fortfahrend: Chevrons hat vor der Untersuchungskommission ebenfalls über die Politik der letzten Jahre gesprochen. Der angebliche Brief ist die angebliche Antwort auf die Zusendung des Vorderaus, auf Grund dessen Dreifus 1894 verurteilt wurde. Es sei in Berlin angekommen, der Kaiser habe seine Randbemerkung daraufgesetzt, man habe der Votschaft das Schriftstück zurückgeben müssen, aber eine Photographie zurückbehalten und davon eine Durchschrift auf Seidenpapier genommen. Diese Durchschrift endlich, die vielleicht von Eberhazy herrührt, ist den Richtern vorgelegt worden. Das Schriftstück ist im November 1897 zum ersten Mal zum Vorschein gekommen. Die erste Spur findet sich in einer Aussage Paléologue's, demgegenüber Henry auf den Brief angespielt hatte. Wie Henry bereit war, die sogenannte „Fälschung Henry“ Paléologue vorzulegen, so war er auch bereit, den angeblichen Kaiserbrief zu zeigen. Herr Drumont will für die Echtheit des Briefes anführen, daß fleißige Fürken sich auch mit Einzelheiten beschäftigen. Aber ich meine, wenn Staats-häupter sich der Polizei und der Spione bedienen, so behandeln sie diese als bloße Sachen und beschäftigen sie nicht. Uebrigens darf man unmöglich einem fremden Staatsdiener Dummheiten zutrauen, die seine Agenten zu begehen sich hüten würden. Das Schriftstück ist eine Fälschung Henry's. Henry wußte, daß der Beweis für den Irrtum von 1894 erbracht werden würde, und mußte weitergehen. Er wußte, daß nach Veröffentlichung des Vorderaus Deutschland eine amtliche Mitteilung machen würde, und so wollte er in der Lage sein, auf

die Behauptung Deutschlands, niemals mit dem Verurteilten von 1894 in Verbindung gestanden zu haben, mit einem Beweise des Gegenteils zu dienen. Er zählte dabei auf das Spiegelgesellentum des Großen Generalstabs. Für die nach ihm benannte Fälschung hätte Henry allein verantwortlich gemacht werden können, aber für den gefälschten Kaiserbrief müssen auch die verantwortlich gemacht werden, die gefälliges Stillschweigen übten. Jaurès schildert dann, wie die drehfussfeindliche Presse die neue Fälschung ausnützte, wie Eberhazy darauf pochte, um sich straflos zu halten, und wie der Generalstab gezwungen wurde, sich die Unterstützung Rodesforts zu sichern. Als der Intransigent am 13. Dezember 1897 von dem „geheimen Aktenstück“, dem Brief des Kaisers, gesprochen, Meline durch die Havasagentur sein Vorhandensein bestritten, die nationalistischen Blätter aber das amtliche Dementi verdächtig hatten, mußte General Villot Klarheit schaffen. Er hätte Eberhazy verhört, den Generalstab befragen müssen. Er hat nicht einmal seinen Kabinettschef, der Rodesfort Mitteilungen gemacht hatte, zur Rede gestellt. Im Soloprozess hatte dann Henry die Kühnheit, auf den Kaiserbrief öffentlich anzuspähen. Er zwang so seine Vorgesetzten, ihn zu deden. Er wollte vielleicht auch dem General Mercier eine Brücke bauen, damit er ein neues Anlagegeschäft beginne. Dann gab Herr Millebove in Surènes die Erklärungen ab, von denen ich zu Anfang schon gesprochen habe. Woher hatte er sie?

Millebove: Ich weiß nicht, mit welchem Rechte Sie mich in Verbindung bringen mit den Nachrichten, die Sie jenseits der Grenze gesammelt haben. Nur vor dem Untersuchungsrichter werde ich antworten.

Jaurès: Ich stelle fest, daß Herr Millebove die Antwort verweigert, und fährt fort: Die Fälschung Henry kam an den Tag und öffnete auch den Blinden die Augen. General Pellieux schrieb am 30. August 1898 an den Kriegsminister ein Brief, worin er erklärt, er habe sich von gewissenlosen Leuten täuschen lassen und könne nun weder zu seinen Untergebenen, noch zu seinen Vorgesetzten mehr Vertrauen haben. Man hätte ihn auf Grund von Fälschungen arbeiten lassen, und deshalb bitte er um Vergebung in den Ruhestand. (Große Bewegung.)

Brissou: Vergeben Sie es meiner Erregung, wenn ich Sie unterbreche. Sie sagen, dieser Brief sei vom 30. August 1898 datiert? Damals war ich Ministerpräsident. Ich erkläre, daß meine Regierung keine Kenntnis von diesem Briefe gehabt hat. (Große Unruhe.)

Cavaignac (damals Kriegsminister): Ich möchte wissen, welche Schlussfolgerungen Sie aus dem Briefe ziehen wollen. Was mich angeht, so habe ich das Vertrauen zu den Leuten, die man hier verdächtigen will.

Brissou: Ich weiß, daß Sie, Herr Cavaignac, seit dem 14. August jenes Jahres überzeugt waren, daß das Dokument Henrys eine Fälschung war, und daß Sie doch erst am 30. August mit davon unterrichtet haben. Nun wohl, am 30. August also, wo Henry hinter Kerkermauern starb, bekamen Sie diesen Brief des Generals Pellieux? Und Sie haben weder mich, den Ministerpräsidenten, noch ein anderes Mitglied der Regierung davon verständigt? Vom 14. bis zum 30. August waren Sie nach Le Mans gegangen und hatten sich dort mit dem General Mercier darüber verständigt, welches Verhalten zu beobachten sei. Und Sie ließen sich verleiten, ein entscheidendes Schriftstück der Regierung, der Sie angehört, zu verheimlichen. Segnen Sie die Amnestie, denn ohne Sie müßten Sie jetzt unter Anklage gestellt werden! Die Partei, die Ihnen einst zuschwor, als Sie demokratische Reformen durchführten, verurteilt Sie heute. Das Standbild des andern Cavaignac ruft Ihnen zu: Sie gehören nicht mehr zur Republik, Sie gehören nicht mehr zu unserer Familie!

Cavaignac: Meine Ueberzeugung von der Schuld Henrys bildete sich erst an dem Tage, wo ich ihm sein Geständnis abrang. Die behauptete Zusammenkunft mit dem kommandierenden eines Armeekorps leugne ich ab. Ich habe endlich keine Aktenstücke zurzeit meiner Ministerchaft Herrn Brissou verheimlicht. Pellieux' Brief war kein Aktenstück, und zudem hat Pellieux, gleich nachdem er den Brief geschrieben hatte ihn bereut. Herr Brissou nimmt sich heraus, das Andenken der Republikaner von 1848 anzurufen. Wären die Gründer der Republik von 1848 hier, so würden sie erklären, daß das bedeutende Regime überhaupt keine Republik ist. (Großer Lärm links.)

Jaurès: General Pellieux sagt in dem Briefe gewisse Vorgefakte an, daß sie ihn planmäßig getäuscht und mit Henry unter einer Decke gesteckt hätten. Man hätte über diese Anklagen den General verhört und ihn den Brief von Mitgliedern der Regierung erläutern lassen müssen. In dem man den Brief verheimlichte, gab man der Partei der Fälscher Gelegenheit, sich wieder zu sammeln und den Feldzug von neuem zu beginnen.

Jaurès bittet, da er ermüdet sei, die Fortsetzung seiner Rede auf morgen zu vertagen. Die Kammer beschließt mit 327 gegen 203 Stimmen darauf die Vertagung.

* Paris, 7. April. Die meisten Blätter besprechen eingehend die gestrigen Vorgänge in der Deputiertenkammer. Die nationalistischen Organe meinen, Jaurès habe nichts neues vorgebracht und gebe sich einer Selbsttäuschung hin, wenn er meine, mit solchen Mitteln eine abermalige Revision des Dreifusprozesses erzielen zu können. Die radikalsten Blätter weisen auf die große Wirkung, die die Rede Jaurès auf die Kammer hervorgerufen habe, und sagen, Brissou habe durch seine Erklärung den Führer der Nationalisten, Cavaignac, moralisch hingerichtet. Jaurès werde am Schlusse seiner heutigen Rede die Einleitung einer Enquête verlangen. Der frühere Militär-gouverneur von Paris, v. Zurlinden, erklärte einem Besucher, daß er selbst den von Jaurès verlesenen Brief des Generals Pellieux als dessen unmittelbaren Vorgesetzten gelesen habe.

* Paris, 7. April. Der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten legte der Kammer einen Bericht vor, betreffend den Vertrag mit Siam. Darnach ist die Kommission der Ansicht, daß der Vertrag, da die Frist nicht verlängert worden ist, hinfällig geworden ist.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 7. April.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag von 11 Uhr an den Vortrag des Staatsministers von Brauer entgegen. Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm erschien zur Frühstückstafel bei den höchsten Herrschaften.

Nachmittags 5 Uhr hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Vabo. Um 6 Uhr besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin die Abendandacht in der Schloßkirche, bei welcher Hosprediger Fischer die

Ansprache hielt. Hierauf nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog einen längeren Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai entgegen.

** Die Einrichtung und der Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien.

Unter der Aufschrift „Wie der Arbeiterdau in Baden durchgeführt wird“ bringt der „Volksfreund“ in Nr. 81 einen Artikel, worin der Vorwurf erhoben ist, als wäre in Baden seitens der beruflichen Behörden noch nichts zur Ausführung der auf 1. Oktober v. J. in Kraft gesetzten Bundesratsverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steinmetzbetrieben) geschehen.

Darauf ist zu erwidern:

Schon unterm 7. August v. J. wurden die Bezirksämter durch das Großh. Ministerium des Innern angewiesen, die beteiligten Betriebsunternehmer auf die ihnen vom 1. Oktober an obliegenden Verpflichtungen ausdrücklich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig wurden die erforderlichen Zuständigkeitsbestimmungen erlassen und die Bezirksämter, Ortspolizeibehörden und Wasser- und Straßenbauinspektionen mit der Ausübung der erweiterten Gewerbeaufsicht über die Steinbrüche betraut, nachdem diesen Behörden schon im Jahre 1891 die Gewerbeaufsicht über die Steinbruchbetriebe übertragen worden war; mit der Gewerbeaufsicht über die Steinhauereien wurde die Großh. Fabrikinspektion betraut. Die Wasser- und Straßenbauinspektionen, welchen zur Mitwirkung bei den Revisionen nicht weniger als 95 Straßenmeister zur Verfügung stehen, wurden angewiesen, in angemessenen Zwischenräumen und sonst gelegentlich durch das Aufsichtspersonal Nachschau in den Steinbrüchen vorzunehmen zu lassen, während der Fabrikinspektion die Vornahme von Revisionen der Steinhauereien nach Maßgabe der bestehenden Dienstweisung aufgegeben wurde.

Um von vornherein sämtliche in Betracht kommenden Betriebe durch die Gewerbeaufsicht zu erfassen, wurden ferner auf 1. Oktober in Verbindung mit der regelmäßigen Gewerbeaufsicht noch besonders sämtliche Steinbruchs- und Steinhauereibetriebe des Landes durch Ausgabe von Fragebogen aufs genaueste ermittelt.

Eine in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ veröffentlichte Darlegung dieser Maßnahmen wurde u. a. in der „Volksstimme“ in Nr. 231 vom 28. August v. J. auszugeweihe abgedruckt.

Das Verordnungsblatt der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues enthält in Nr. 23 vom 25. September v. J. und in Nr. 4 vom 22. Januar d. J. eine ins einzelne gehende Anleitung für die Wasser- und Straßenbauinspektionen über die von diesen Behörden bezüglich der Steinbrüche wahrzunehmende Gewerbeaufsicht. Die Bezirksämter wurden angewiesen, von allen durch die Oberbehörde ermittelten Steinbrüchen und Steinhauereien der zuständigen Wasser- und Straßenbauinspektion bzw. der Fabrikinspektion Kenntnis zu geben, die beteiligten Unternehmer, soweit dies nicht schon auf Grund der früheren Anordnung geschehen, auf die ihnen nach der neuen Verordnung obliegenden Verpflichtungen aufmerksam zu machen und auch von sich aus und durch die Ortspolizeibehörden neben den Wasser- und Straßenbauinspektionen die vorgeschriebenen Nachschau vornehmen zu lassen.

Endlich wurde den Aufsichtsbehörden die Beachtung der Vorschrift über die Erlassung von Arbeitsordnungen in allen über 20 Arbeiter beschäftigenden Steinbruchbetrieben in Erinnerung gebracht, und neuerdings mit Rücksicht auf den gerade in gegenwärtiger Jahreszeit in größerem Umfang wieder in Aufnahme gelangenden Betrieb von Steinbrüchen u. s. w. die Durchführung der über deren Einrichtung und Betrieb erlassenen Vorschriften nochmals eindringlich zur Pflicht gemacht.

— (Das Palmsonntagskonzert des Christuskirchenchores) hatte die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt und nahm hinsichtlich der Ausführung einen erhebenden Verlauf. Das mit vornehmem Geschmaus ausgestattete, reichhaltige Programm enthielt Chorwerke von Mozart, N. S. Bach, Haydn und Großjohann, worin dem unter der trefflichen Leitung des von Herrn August Hoffmeister stehenden gemischten Chors eine bedeutende Aufgabe zugefallen war. Alle Nummern waren mit Sorgfalt und feinem Verständnis einstudiert und kamen in abgeklärter, fein ausgearbeiteter Reproduktion zu Gehör. Unter den Solisten bot Fräulein Elisabeth K. N. i t t e l i w i r k l i c h hervorragendes; sie sang die Arie „Ich weiß daß mein Erlöser lebt“ von Händel, und drei Lieder „Nose im Tal“ von Clara Kaiß, „Ich steh an deiner Krippe hier“ und „Komm süßer Tod“ von J. S. Bach, mit warmem, sehr poetischem Vortrag. Herr Fritz Haas, Lehrer am Großh. Konseratorium hier, brachte mit seiner schönen Bassstimme und feinem tief angelegten, intelligenten Vortrag die große Paulus-Arie „Gott sei mir gnädig“ von Mendelssohn, außerdem noch „Ja, es sollen wohl Berge weiden“ aus „Elias“ von Mendelssohn und „O Tod“ aus den ersten Gefängen von Brahms, zu prächtiger Wirkung. Zum Schluß sei des Herrn Seminarprofessors Baumann gedacht, welcher in einigen Orgelvorträgen von Rheinberger und J. S. Bach sich als tüchtigen Meister seines Instrumentes erweist.

* (Vortrag über Alkoholismus.) Samstag, den 11. d. M., abends 8 Uhr, hält im hiesigen Rathsaal Prof. Dr. Aug. K o r e l auf seiner Durchreise nach Bremen zur Teilnahme an 9. internationalen Kongress gegen den Alkoholismus einen Vortrag über das Thema: „Der soziale Alkoholismus und der Guttemplerorden“.

C.-B.-M.-H. (Schneebeobachtungen.) In der verfloffenen Woche ist auf den Bergen Schnee gefallen und dort auch liegen geblieben, doch hat sich nur in ganz hohen und geschützten Lagen bis zum Schluß der Woche eine geschlossene Decke erhalten. Am Morgen des 4. April (Samstag) konnten noch gemessen werden: beim Feldberger-Hof 30, in Todtnauberg 2, in St. Märgen 10, in Ambs 7 und in Kaltenbrunn 4 Centimeter.

* Konstanz, 5. April. Die 38. Kreisversammlung Konstanz wurde am Freitag, nachmittags halb 3 Uhr, durch den Kreispräsidenten, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. G r o o s, im Beisein des Großh. Landeskommissars, Geh. Oberregierungsrat Freiherrn v. W o d m a n, der Amtsverbände und der Vorstände der Wasser- und Straßenbauinspektionen Konstanz und Ueberlingen eröffnet. Zum Vorsitzenden wählten die Kreisabgeordneten den Grafen Franz v. W o d m a n, zu seinem Stellvertreter den Altbürgermeister Mattes von Radolfzell. Dem allgemeinen Geschäftsbericht, den der Vorsitzende des Kreis-ausschusses, Oberbürgermeister Weber von Konstanz, erstattete, entnehmen wir, daß der Kreis sich an der allgemeinen Landesversammlung anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs beteiligte und daß außerdem Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin bei der Schlussprüfung der Kreisbauhaltungsakademie Radolfzell im September v. J. eine kunstvoll gefertigte Krone mit den Photographien sämtlicher Kurse von 1881 bis 1902 als Jubiläumsgabe der Kreisverwaltung überreicht wurde. Der Vermögensstand der Kreiskasse hat sich verbessert, indem die Schulden von 172 000 M. auf 158 000 M. zurückgegangen sind. Das reine Kreisvermögen ist von 156 269 M. auf 169 476 M. gestiegen. Die Kreissteuerkapitalien haben sich um 5 Millionen Mark ver-

mehrt, woran die Stadt Konstanz mit 2 779 527 M. beteiligt ist. Der Voranschlag für das Jahr 1903 mit einer Einnahme von 269 335 M. und einer Ausgabe von 457 726 M., was eine Umlage von 5 Pf. auf 100 M. Steuerkapital bedingt, wurde von der Samstags Mittags halb 1 Uhr geschlossenen Kreisversammlung einstimmig genehmigt. Im einzelnen mögen von den Ausgaben folgende Erwähnung finden: Armen- und Krankenpflege 174 500 M., darunter 150 000 M. für Landarmenaufwand (der Staatsbeitrag betrug für das vorige Jahr 135 000 M. und das Rechnungsergebnis 156 600 M.); Arbeiterfürsorge 25 900 M., darunter 400 M. für die Arbeiterkolonie in Antenbud; Unterstützung des Unterrichtes in weiblichen Arbeiten 3000 M.; Förderung der Landwirtschaft 13 100 M.; Herstellung und Unterhaltung öffentlicher Wege 193 538 M.; Zuschüsse an die Bezirksvereine der Kaiser Wilhelm-Stiftung für Invaliden und an Sanitätskolonnen 700 M.; Zuschuß für die Heuberg-Wassererversorgung rechts der Donau infolge weiterer Anschlüsse 2500 M.; Kreisbegabte 7800 M. (das Wohnungsgeld des Kreissekretärs wurde von 300 M. auf 680 M. erhöht und beträgt nunmehr sein Gesamtgehalt 3130 M.). Nach Schluß der Kreisversammlung mit den üblichen Verhandlungen fanden sich die Teilnehmer an derselben (gegen 50 Personen) zu einem gemeinschaftlichen Mahle im Bahnhofs-Hotel, Schönebeck, zusammen.

* Vom Bodensee, 6. April. Die Sektion „Segau“ des Schwarzwaldbvereins hielt kürzlich in Engen ihre Generalversammlung ab. Die Ausgaben betragen letztes Jahr 2523 M. und die Einnahmen 2685 M.; das Reinergebnis beträgt 1191 M. Für 1903 wurden 910 M. zur Anschaffung von Bänken, zur Vervollständigung des Weges zwischen Hohenthränen und Hohentbiel, für einen Pavillon auf dem Wasserreservoir in Engen u. s. w. bewilligt. Im Zusammenhang mit den in jüngster Zeit in Süddeutschland beobachteten Erderschütterungen wurden seit 14 Tagen zwischen Reutenhart u. Wald (Hohenzollern) starke Bodensenkungen wahrgenommen. An der Stelle, wo die Bodensenkungen beobachtet worden waren, war ein Riß entstanden, aus dem ein starker, warmer Erdrudel hervorquillt. Wie eine oberflächliche Untersuchung ergeben hat, handelt es sich um eine schwefelhaltige Quelle mit einer Temperatur von 27 Grad Celsius. — Die Preise für Holz und Brennholz behaupten stetsfort eine feste, stellenweise sogar eine steigende Tendenz.

Die Rückkehr des Kaisers.

(Telegramme.)

* Kiel, 7. April. Die Yacht „Hohenzollern“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord ist gestern nachmittags gegen 4 Uhr, gefolgt vom kleinen Kreuzer „Nymph“ und dem Dampfschiff „Scheipner“ hier wieder eingetroffen. Beim Passieren der Schiffe des ersten Geschwaders paradierten die Mannschaften dieser Schiffe und brachten Hurras aus.

* Kiel, 7. April. Seine Majestät der Kaiser ist vormittags halb 12 Uhr von hier nach Berlin abgereist, Prinz Heinrich begleitete den Kaiser zum Bahnhof.

* Kopenhagen, 7. April. Ueber den Kaiserbesuch schreibt das Blatt „Politiken“, daß der Besuch den Ausdruck eines wärmeren Entgegenkommens getragen habe, als derartige monarchische Höflichkeitensausweise sonst aufzuweisen pflegen. Der dänische Hof, sagt das Blatt weiter, tritt nicht mit der Prachtigkeit eines großen Hauses auf, infolgedessen kommt etwas bürgerliches in die Feierlichkeiten, an denen der Hof teil nimmt. Da die Kopenhagener Bürger und die Regierung im höchsten Grade wünschten, daß Kaiser Wilhelm als Fürst und Mensch sich in der Hauptstadt wohlfühle, wurde für den Besuch eine Art Rahmen geschaffen, in welchem Kaiser Wilhelm mit seinem Takt seinen Platz einnahm. Er trat mit unermüdlicher Liebenswürdigkeit als bewundernder Tourist auf und um zu zeigen, wie angenehm er den Aufenthalt in Kopenhagen fand, verlängerte er seinen Besuch um 24 Stunden, obgleich die Zeit für den Fürsten, der seine Zeit gut zu nutzen weiß, sehr kostbar ist.

Die Kaiserlichen Prinzen in Konstantinopel.

(Telegramme.)

* Pera, 6. April. Gestern mittag trafen der Deutsche Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich unter dem Salut der Geschütze in den Dardanellen ein und wurden dort im Namen des Sultans vom Zeremonienmeister Ghaleb Bey, von v. Kamphoeberer Pascha, ferner vom türkischen Ehrenpräsidenten unter Führung Turhan Paschas und von dem Kaiserlichen Geschäftsträger Freiherrn v. Wangenheim begrüßt. Heute morgen 10 Uhr trafen die Prinzen vor Dolma Baghche ein und wurden durch den Prinzen Burhaneddin Effenbi an Bord willkommen geheißen und bei der Landung von den Mitgliedern der Kaiserlichen Hofkapelle, des Generalkonsulats und den deutschen Offizieren und Beamten, die in türkischen Diensten stehen, empfangen. Sodann empfing der Sultan im Yıldızpalais den Besuch der Prinzen und erwiderte ihn alsbald im Marajim-Kiosk, wo die Prinzen mit ihrem Gefolge Wohnung genommen haben. Der Sultan begrüßte seine hohen Gäste in liebenswürdigster Weise und verweilte längere Zeit bei ihnen in angeregtem Gespräch. Es folgte ein Frühstück bei den Kaiserlichen Prinzen, an dem außer dem Gefolge der türkische Ehrenpräsident und die Mitglieder der Kaiserlichen Hofkapelle teilnahmen.

* Konstantinopel, 7. April. Der Deutsche Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich statten gestern nachmittags der Gemahlin des Vizekonsuls Freiherrn von Marjall einen Besuch ab und unternehmen hierauf eine Spazierfahrt. Abends fand ein Diner in der Hofkapelle statt, dem sich der Empfang der in türkischen Diensten stehenden deutschen Offiziere, Beamten und Notabeln der deutschen Kolonie anschloß. Der Sultan verlieh den Prinzen eine goldene Medaille neuer Prägung, die zur Erinnerung an den Besuch des Kaisers gestiftet worden ist. Das frische Aussehen der Prinzen beweist, daß sie sich von ihrer Krankheit vollkommen erholt haben.

Die Ausstandsbewegung in Holland.

(Telegramme.)

* Amsterdam, 7. April. Gestern hielt der Verband der Bäcker eine Versammlung ab, um über die Maßregeln zu beraten, die den Zweck haben, mit den Ausständigen gemeinsame Sache zu machen. Ein Beschluss wurde nicht gefasst. Der Verband der in holländischen Betrieben, Gasanstalten u. s. w. beschäftigten Arbeiter wartet nur auf die Befehle des Schlichtungsausschusses, um gleichfalls in den Ausstand zu treten. Die Gaswerke werden militärisch bewacht. Das Schlichtungsausschuss hielt ebenfalls gestern nachmittag eine Versammlung ab, an der auch die ausländischen Ausländer und Bahnangestellten teilnahmen. Die Verhandlung war streng geheim. Nach einer Meldung des Blattes „Het Volk“ befinden sich von 1400 Angestellten der Werkstätten der holländischen Bahn in Haarlem 1100 im Ausstande. Die Entsendung von zwei Bataillonen Bürgergarde aus Amsterdam nach Haarlem wurden erbeten. — An den Bahnhöfen der holländischen Eisenbahnen wurde gestern ein Aufruf angeschlagen, in welchem die Direktion das Personal auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn die Arbeiter innerhalb 24 Stunden die Arbeit nicht wieder aufnehmen, werden sie entlassen werden. Außerdem ließ die Direktion der holländischen Eisenbahn durch Anschläge an den Bahnhöfen einen Aufruf, betreffend Einstellung von Arbeitern aller Gattungen ergehen. — Von 1400 Arbeitern der niederländischen Fabrik von Eisenbahnmateriale haben 900 der Aufforderung des Schlichtungsausschusses Folge geleistet und sind heute in den Ausstand getreten. Die Direktion der holländischen Eisenbahn hat die Zuversicht, daß ein regelmäßiger wenn auch eingeschränkter Verkehr aufrecht erhalten werden kann. Es sind Maßregeln getroffen, die den Abgang des Juges Nr. 8 nach Soest-van-Holland, der die Verbindung mit England vermittelt, sicher stellen. „Handelsblad“ erfährt, daß der Postdienst durch Automobile seit Wochen organisiert ist, so daß die Briefbeförderung besorgt werden kann. Gestern haben sich die Steinschneider mit den Arbeitern des Transportgewerbes für solidarisch erklärt und beschlossen, zu feiern.

* Amsterdam, 7. April. Die hiesigen Truppen wurden konfiskiert. Wahrscheinlich werden auch die Jahrgänge 1898 und 1899 zu den Fahnen berufen werden. In einigen Stadtteilen fanden Zusammenrottungen statt. Um die Menge zu zerstreuen, mußte die Polizei die Waffe gebrauchen. Ein besonders starkes Aufgebot von Polizei, Kavallerie und Gendarmen befindet sich vor dem Zentralbahnhofe. Mehrere Personen, darunter ein Gendarm, wurden verletzt.

* Amsterdam, 7. April. Im Laufe des gestrigen Abends verkehrten nur einige Züge. Gegen halb 11 Uhr wurden die Bahnhöfe geschlossen und militärisch besetzt. Nahe des Zentralbahnhofes fanden einige Zusammenstöße zwischen der Polizei und jungen Leuten statt, wobei einige Personen durch Säbelhiebe verwundet wurden. Um 11 Uhr abends herrschte Ruhe.

* Amsterdam, 7. April. Die Nacht ist ruhig verlaufen, eine Anzahl Ausständiger nahm die Arbeit bei der holländischen Bahn heute wieder auf, welche jetzt über einen weitaus genügenden Arbeiterbestand verfügt, um den Dienst in beschränktem Umfange versehen zu lassen. Alle Züge erhalten militärische Bewachung. Wer von den Arbeitern der holländischen Bahn bis heute mittag die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, wird entlassen.

* Amsterdam, 7. April. Das Schlichtungsausschuss hielt heute eine geheime Sitzung ab, nach deren Schluß der allgemeine Ausstand der Väter im ganzen Lande proklamiert wurde.

* Haag, 7. April. Der Bahnbetrieb wird in beschränktem Maße aufrechterhalten, dank Mitwirkung von Vereinen, welche sich zur Erhaltung der Ordnung gebildet haben. Die böswilligen Elemente, welche öffentlich ausgesprochen haben, daß die Regierung sie zum Ausstand gezwungen, und welche die Betriebsicherheit zu gefährden drohten, machten bereits im Haag die Wasserbehälter für die Maschinen unbrauchbar und schafften Lokomotivteile bei Seite. Ihre Majestät Königin Wilhelmine gab die Absicht kund, nach Haag zurückzukehren, sobald die Staatsgeschäfte es erfordern. In Regierungskreisen betrachtet man den Ausstand nicht als besorgniserregend angesehen, der getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen. Gestern traten die Kammerpräsidenten und der Ministerrat zu einer Beratung zusammen. Alle sozialistischen Abgeordneten sind in Haag anwesend.

* Rotterdam, 7. April. Eine gestern hier abgehaltene Versammlung von 3000 Dockarbeitern erklärte sich mit den Eisenbahnarbeitern solidarisch. Die Bauhandwerker drohen, mit den übrigen Ausständigen gemeinschaftliche Sache zu machen. Die Frauen der Eisenbahnarbeiter haben die Beschlüsse ihrer Männer gebilligt.

Die Lage in Marokko.

(Telegramm.)

* Madrid, 6. April. Einer Meldung aus Melilla zufolge befindet sich der Onkel des Sultans 500 Meter von der Grenze des spanischen Gebiets. Die Kabylen drohen mit einem Angriff. Seine Lage scheint gefährdet. Abgesandte des Prätendenten forderten den Gouverneur von Melilla auf, den Onkel des Sultans nicht aufzunehmen, wenn er sich nach Melilla flüchtet. Der Gouverneur erwiderte, daß Spanien niemand die Gastfreundschaft verweigern könne. — Ein weiteres Telegramm aus Melilla meldet, der Prätendent, der von allen benachbarten Kabylen als Herr anerkannt werde, lasse hier für sein Heer bestimmte Vorräte einkaufen. — Der Pascha bleibt dem Sultan treu und verweigert die Unterwerfung. Die Ausständigen drohen, ihn anzugreifen. Ein marokkanisches Kriegsschiff ist in der Nähe von Melilla mit Flinten und Munition eingetroffen.

Zur macedonischen Frage.

(Telegramme.)

* Konstantinopel, 7. April. Den von Oesterreich-Ungarn und Rußland in Sofia getanen Schritten bezüglich einer besseren Ueberwachung der Tätigkeit der macedonischen Komitees und besserer Grenzbeobachtung schlossen sich auch andere Großmächte an.

* Konstantinopel, 7. April. Die Meldung, daß 15 000 Albanesen neuerdings gegen Mitrowiza marschieren, ist falsch. Die Zahl der Albanesen, welche Mitrowiza angegriffen haben, hat 1500 nicht übergriffen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 7. April. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Kriegsministers vom 4. April, nach der Unteroffiziere und Mannschaften dienstlich erneut verboten wird, sich auf Betanlassung von Zivilpersonen mit dem Vertrieb von Druckwerken und Waren innerhalb von Truppenteilen zu befassen.

* Berlin, 6. April. In der am 4. April im preussischen Ministerium stattgehabten Konferenz, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurmkrankheit, wurde festgestellt, daß die Krankheit im Oberbergamtsbezirk Dortmund erheblich zugenommen hat, während in anderen Bezirken keine oder nur ausnahmsweise Fälle festgestellt wurden. Man gelangte zur Ansicht, daß die Einschleppung Anfangs der neunziger Jahre durch italienische und ungarische Arbeiter erfolgte, und daß die Veriefelung der Gruben zur Verbreitung der Krankheit beitrug. Nach der bald zu erwartenden Beendigung der Untersuchungen über den Ursprung und das Wesen der Krankheit, erwartet man bestimmt, daß sich eine erfolgreiche Bekämpfung ermöglichen läßt. Die Konferenz erörterte dann die zur Bekämpfung in Frage kommenden Mittel, namentlich Farnkrautextrakt, und besprach eingehend vorbeugende Maßregeln.

* Rom, 7. April. Seine Majestät der König der Belgier traf gestern hier ein und reiste nach kurzem Aufenthalt nach Wiesbaden zurück.

* Paris, 7. April. Bei der gestrigen Präsidentenwahl des Gemeinderats wurde im zweiten Wahlgange der Nationalist Deville mit 40 Stimmen gegen den Sozialisten Broussé gewählt, welcher 39 Stimmen erhielt.

* Paris, 7. April. Bei der gestrigen Abreise mehrerer Skatzenpriefer, die sich von St. Laurent nach Spanien begaben, kam es zu lebhaften Kundgebungen seitens der Bevölkerung. — Der Priester Rey erzählte einem Berichterstatter des „Libre Parole“, das Haus Rothchild habe den Prior der Skatzenpriefer erucht, ihm die Riförwerke des Klosters zu verkaufen. Das Anerbieten sei aber abgelehnt worden. Das sei der Grund, warum das Genehmigungsgeuch des Ordens abgelehnt worden sei.

* Paris, 7. April. Der Sozialistenkongreß von Cognac sprach sich gegen die von mehreren sozialistischen Verbänden beantragte Ausschließung Millerands aus der Partei aus, tadelte jedoch dessen Haltung in der Frage des Militärbudgets.

* Rom, 7. April. Die Schriftsteller, die seit über einem Monat im Ausstand sind und mit den Arbeitgeber unterhandeln, beschlossen in einer Versammlung, einen Aufruf zum allgemeinen Ausstand zu erlassen, wenn die Verhandlungen nicht zum Ziele führen. Die Verhandlungen dauern noch fort und alle Maßregeln sind getroffen, um etwaige Unruhestörungen zu vermeiden.

* Rom, 7. April. Der Papst empfing gestern eine zahlreiche Deputation des Vereins der deutschen katholischen Lehrerinnen und eine Abordnung katholischer Lehrer Berlins, welche eine Adresse überreichten.

* London, 6. April. Eine amtliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes bestätigt, daß Seine Majestät König Eduard Paris besuchen wird, und zwar wird er am 2. Mai dort eintreffen und zwei oder drei Tage verweilen.

* London, 6. April. Unterhaus. Der Präsident des Handelsamtes, Gerard Balfour, bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend Einsetzung einer Kommission zur Verwaltung des Hafens von London. Der Gesetzentwurf sieht den Ankauf der Unternehmungen der London and India Dockgesellschaft und der Surrey Commercial and Millwall Dockgesellschaft vor. Die Kommission soll aus 40 Mitgliedern bestehen, darunter einem Vertreter des Grafschaftsrats von London, der Admiralität, des Handelsamtes, der Redereien und der Kaufmannschaft. Der Gesetzentwurf wirft eine größere Summe zwecks Vertiefung des Flußbettes der Themse aus.

* Lissabon, 6. April. Bei dem gestrigen Galadiner im königlichen Schlosse brachte Seine Majestät König Carlos einen Trinkspruch auf Seine Majestät König Eduard aus, in welchem er den König als seinen sehr teuren Alliierten anredete, auf die warme althergebrachte Allianz zwischen Großbritannien und Portugal hinwies und erklärte, das portugiesische Volk wisse sehr wohl, ein wie großer loyaler Freund König Eduard stets für dasselbe war. Seine Majestät König Eduard erwiderte mit gleicher Herzlichkeit und sagte, die bewährte Allianz, die seit Jahrhunderten zwischen beiden Ländern bestehe, werde für alle Zeiten dauern.

* Kopenhagen, 7. April. Der Landsting nahm mit 33 gegen 2 Stimmen bei 22 Stimmenthaltungen endgültig den Gesetzentwurf an, betreffend Einführung der Einkommen- und Vermögenssteuer. Die Rechte erklärte vor der Abstimmung, sie könne für die Vorlage in der vorliegenden Fassung nicht stimmen. Sie wolle durch Stimmenthaltung zum Ausdruck bringen, daß sie die Steuerreform wünsche, aber nicht auf der vorliegenden Grundlage. Auch die übrigen Steuerreformvorlagen wurden mit gleichem Stimmentverhältnisse angenommen.

* Bayonne, 7. April. Nach einem Telegramm aus Madrid dehnten sich die Unruhen bis früh 2 Uhr aus. Die Menge warf Steine gegen die Polizei, welche Säbel und Revolver branden mußte. Mehrere Gruppen brachten Salmeron, dem Führer der republikanischen Partei, unter Abfingung der Marschälle eine Subsidung dar.

* Belgrad, 7. April. König Alexander hat zwei Proklamationen erlassen. In der einen wird darauf hingewiesen, daß der auf Grund der neuen Verfassung geschaffene Senat und die Skupshtina Gesetze geschaffen haben, die sich als unzweckmäßig erwiesen haben. Die Verfassung habe durch die Entschädigung politischer Verdrüsslichkeit die Interessen des Vaterlandes geschädigt. Die Verhältnisse auf dem Balkan seien sehr ernst. Serbien bedürfe der Ordnung und der Eintracht und des Friedens, um dem Vaterlande die Eintracht

und Ordnung wieder zu geben, suspendiere er — der König — die Verfassung vom 5. April 1901 und erkläre er die Mandate der Senatoren für ungültig. Die Proklamation besagt weiter, daß die Staatsräte zur Disposition gestellt werden und die Skupshtina aufgelöst wird. Mehrere Gesetze, darunter das Pressegesetz, das Nationalwahlrecht, werden aufgehoben und durch die entsprechenden früheren Gesetze ersetzt. Unmittelbar nach Ausfertigung der Verordnungen, durch die die neuen Senatoren und Staatsräte ernannt werden, erschien die zweite Proklamation des Königs, durch die die Verfassung vom 5. April 1901 wieder in volle Geltung eingesetzt wird.

* Belgrad, 7. April. Bei dem Zusammenstoß zwischen der Gendarmerie und den Handlungshelfern am Sonntag wurden vier Personen getötet, darunter zwei Gendarmen, und eine große Anzahl von Personen verwundet, darunter mehrere Gendarmen.

* Bukarest, 7. April. Die Kaufleute und Industriellen veranstalteten anlässlich der Aufhebung der Gemeindeauflagen zu Ehren des Finanzministers ein Bankett. Der Finanzminister hob in einem Trinkspruch hervor, daß die wirtschaftliche Lage sich nicht auf der Höhe der nationalen Arbeit befindet und führte hierfür Gründe an, indem er sagte, das Land könne aus seiner Arbeit keinen Nutzen ziehen, weil es jährlich 300 Millionen für eingeführte Waren und 80 Millionen an Zinsen für auswärtige Schuld zahlen müsse. Es müsse daher die nationale Industrie durch Zölle geschützt werden. Jedoch dürfe der Zollschutz kein übertriebener sein, weil er sonst den Fortschritt hindere und die Indolenz ermutigen würde. Der Minister schloß: Sichern wir die volle Entwicklungsfähigkeit unserer nationalen Arbeit und bereiten wir den Ausländern, die zu uns arbeiten kommen, einen freundlichen Empfang, schützen wir uns aber gegen mehrfache Spekulationen und bedenken wir so wenig wie möglich unseren Bedarf im Auslande und ehren wir unsere nationale Produktion. (Lebhafte Beifall.)

* Helsinki, 6. April. Der russische Kaiser unterzeichnete am 26. März eine Kundgebung, nach der der Generalgouverneur von Finland, Bobrifof, berechtigt ist, wenn die Maßnahmen der finnischen Behörden unzureichend erscheinen, auf eigene Verantwortlichkeit jeden ihm passenden Schritt zu unternehmen. Bobrifof erlangte hiermit die diktatorische Gewalt über Finland.

* Shanghai, 6. April. Der Mandschu Tschiang, ein bisher ganz unbekannter Beamter in Peking, der noch nie einen hervorragenden Posten bekleidet, wurde zum Vize-König von Kutschau ernannt. Die Wahrnehmung, daß solche bedeutende Stellen Mandschus verliehen werden, erzeugt unter den Chinesen viel Unzufriedenheit und bei den Fremden einige Besorgnis.

Verschiedenes.

* Berlin, 7. April. (Telegr.) Der Chefredakteur der „Nat. Ztg.“, Köhner, ist gestern abend gestorben.

(Köhner stammte aus Breslau, wo er am 15. Juni 1844 geboren wurde. Die deutsche Publizistik verliert mit ihm einen ihrer hervorragendsten Vertreter, einen Mann, der zeitweilig für die Fortbildung des Liberalismus mit der ganzen Kraft seiner reichen Begabung und Kenntnisse eintrat. D. M.)

* Bremen, 7. April. Das Schulschiff des deutschen Schulschiffvereins, „Großherzogin Elisabeth“, ist gestern in Fajal (Azoren) eingetroffen. Das Schiff wurde durch widrige Winde und Windstößen im Atlantischen Ozean so lange aufgehalten, daß sich der Kapitän entschloß, zur Proviantergänzung Fajal anzulaufen. An Bord ist alles wohl.

* Ostrowo, 7. April. Auf dem Schießstande des Infanterieregiments Nr. 155 wurde ein Musketier durch einen unglücklichen Schuß getötet. Derselbe war Angezener an der Scheibe.

* Plauen, 7. April. (Telegr.) Der Erfinder der Kallspitze, auf welcher die ganze Plauensche Industrie beruht, Theodor Wichel, ist gestern, 65 Jahre alt, in Bozen in Tirol gestorben.

* Stuttgart, 7. April. (Telegr.) Gestern ist in Donzdorf die Gräfin Walpurga v. Reichenberg-Rothenslöben, ältestes Mitglied des württembergischen standesherlichen Adels, die Mutter des Präsidenten der Kammer der Standesherren, 94 Jahre alt, gestorben.

* München, 7. April. Unter Vorsitz des Ministers Fehren v. Feilitzsch und in Anwesenheit des Reichskommissars für die Weltausstellung in Saint Louis, fand am Sonntag im Ministerium des Innern eine Besprechung von Vertretern des bayerischen Kunstgewerbes über die Beteiligung an der Weltausstellung statt. Es wurde eine Kommission gebildet, welche zusammen mit dem bayerischen Kunstgewerbeverein sofort die nötigen Vorbereitungen zu einer lebhaften Beteiligung des bayerischen Kunstgewerbes an der Weltausstellung treffen soll.

* Rom, 7. April. (Telegr.) Professor Sarnack hielt gestern im Historikerkongreß einen Vortrag über die Entstehung des neuentstehenden Kanons, der großes Aufsehen erregte.

Großherzogliches Hoftheater.

Zum Hoftheater in Karlsruhe.

Mittwoch, 8. April. Abt. B. 50. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Der arme Heinrich“, Drama aus der deutschen Sage in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, 9. April. (Gründonnerstag.) Keine Vorstellung.

Wetter am Montag, den 6. April 1903.

Hamburg fortgesetzt Regen; Ewinemünde, Münster und Chemnitz nachts Regen; München vormittags Regen; Neufahrwasser, Breslau und Metz trüb.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 7. April 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest heiter 10 Grad; Nizza heiter 10 Grad; Florenz wolkenlos 8 Grad; Rom wolkenlos 7 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 7. April 1903.

Mit zunehmender Tiefe ist die Depression, welche gestern im Nordwesten der britischen Inseln erschienen war, bis zum südlichen Skandinavien weitergezogen; sie verursacht bis zum Fuß der Alpen herab unruhiges, trübes und vielfach regnerisches Wetter. Die Temperaturen sind meist etwas gestiegen. Eine merkliche Witterungsänderung ist nicht zu erwarten.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Zum Einjährigen- u. Fähn.-Examen, sowie für U. III bis U. I bereitet in halbjährigen Kursen individuell u. gründlich das Institut Fecht in Karlsruhe (B.) vor. Seit 1876 haben durchschn. 91 v. H. bestanden.

Prosp. frei; Eintritt jederzeit

Rheinische Creditbank.

Aktiva.		Bilanz per 31. Dezember 1902.		Passiva.	
An Kassa-Konto	1,333,249 23	Per Kapital-Konto	46,000,800	Diverse Kreditoren	57,091,745 56
Reichsbank-Giro-Konto	1,846,514 28	Acceptations-Konto	35,324,620 71	Abol-Konto	14,917,903 17
Coupons-Konto (Coupons und verloste Eff. tien)	784,833 28	Referendums-Konto	9,378,735	Reserve	600,000
Effekten-Konto:		Dividenden-Konto:			
Div. Staats- und Städte-Obligationen	1,269,735 51	Nicht eingel. Divid. Sch. pr. 1898	84		
Div. Pfandbriefe, Vose und Eisenbahn-Prior.	2,214,756 20	" " " " " 1900	855		
Div. Bank- und Hypothekendarlehen	1,945,015 35	" " " " " 1901	4,466		
Div. Eisenbahn-, Industrie- und Versicherungs-Aktien	3,970,248 16	Beamten-Unterstützungsfonds:			
Wechsel-Konto:		Vortrag von 1901	135,770 14		
in Reichswährung	32,274,220 57	ab: Uebertrag auf Pensions-Kasse-Fonds zur Abrundung	5,770 14		
fremder Währung	738,704 45	Pensions-Kasse-Fonds:			
Diverse Debitoren	79,734,320 29	Vortrag von 1901	585,287 60		
dabon Guthaben bei Bankfirmen	7,316,840 67	Ertragnis in 1902	37,278 30		
dabon durch Sicherheiten gedeckt	36,573,301 09	Ertragnis aus dem Beamten-Unterstützungsfonds nach Abzug von gewährten Unterstützungen	5,994 54		
Bombard-Konto	14,169,790 54	Uebertrag von Beamten-Unterstützungsfonds	5,770 14		
Abol-Debitoren	14,917,903 17	Carl Ehard-Stiftung	20,000		
Mannheimer Bank Dotations-Konto	5,000,000	Simon Hartogensis-Stiftung	5,000		
Kommandit-Konto	2,175,000	Fr. Engelhorn-Stiftung	20,000		
Konfortial-Beteiligungen	2,850,442 79	Gewinn- und Verlust-Konto	4,035,661 81		
Effekten des Beamten-Unterstützungsfonds	120,672				
Effekten des Pensions-Kasse-Fonds	620,452 60				
Immobilien-Konto:					
Bankgebäude in Mannheim	309,680 89				
" " " " " " " " " " " "	250,000				
" " " " " " " " " " " "	327,058 76				
" " " " " " " " " " " "	109,400				
" " " " " " " " " " " "	300,000				
" " " " " " " " " " " "	66,208 63				
" " " " " " " " " " " "	54,000				
" " " " " " " " " " " "	209,806 61				
" " " " " " " " " " " "	381,705 92				
" " " " " " " " " " " "	140,387 60				
Eleganz-Konto:					
Dampfzellegelei Durlach	50,000				
Immobilien-Konto:					
im Vorjahre	2,064,956 51				
Erhöhung durch Umbauen	83,286 90				
	2,148,243 41				
Anschaffungswert	3,307,102 78				
Bisherige Abschreibungen	1,158,859 37				
Buchwert am 31. Dezember 1902	2,148,243 41				
	168,164,201 83				168,164,201 83

Soll.		Gewinn- und Verlust-Konto.		Haben.	
An Handlungskosten:		Per Vortrag von 1901	845,640 58		
Salair, Gehalt der Direktoren, Steuern (M. 530,296.59), Posti, Depeschen, Bureau-Utenfilien zc.	1,561,503 41	Wechsel-Konto	773,290 42		
Provisions-Konto:		Effekten-Konto	331,455 11		
von uns im Konto-Korrent- und Effekten-Geschäft bezahlte Provisionen	52,277 98	Coupons- und Sorten-Konto	45,634 40		
Konfortial-Konto	15,259 30	Provisions-Konto:			
Reingewinn	4,035,661 81	im Konto-Korrent- und Effekten-Geschäft eingenommene Provisionen	1,283,590 69		
	5,664,702 50	Zinsen-Konto	2,193,196 97		
		Kommandit-Ertragnis-Konto	191,254 33		
			5,664,702 50		

Mannheim, 6. April 1903.
3.856

Badischer Kunstverein. Ziehungliste

der am 6. April 1903 stattgehabten Verlosung unter die Mitglieder

Gewinn-Nr.	Anteilchein	Aktien-Nr.	Gewinn-Nr.	Gewinn	Aktien-Nr.
1	800	61	18	Album	1085
2	650	476	19	Kunstblatt	733
3	600	1275	20	"	792
4	500	1448	21	"	992
5	400	470	22	"	101
6	400	1425	23	"	568
7	300	317	24	"	758
8	300	808	25	"	984
9	250	1249	26	"	1011
10	250	1480	27	"	261
11	200	920	28	"	879
12	200	505	29	"	991
13	200	1272			
14	150	577			
15	150	809			
16	150	315			
17	Geschichte der Duffel-dorfer Kunst	882			

G. Wagner, W. Klose, Julius Wende, Theodor Moninger.
Die Urkundspersonen: Theodor Prinz, C. A. Kändler.

Badischer Kunstverein. Ziehungliste

der am 6. April 1903 vorgenommenen Separatverlosung unter diejenigen Mitglieder, welche auf das Vereinsblatt verzichteten.

Gewinn-Nr.	M.	Liste Nr.	Gewinn-Nr.	M.	Liste Nr.
1	500	154	4	250	501
2	400	585	5	200	478
3	300	42	6	150	436

G. Wagner, W. Klose, Julius Wende, Theodor Moninger.
Die Urkundspersonen: Theodor Prinz, C. A. Kändler.

Zu Jahre 1902 wurden für Anteilcheine von folgenden Künstlern Bilder angekauft:
Albert Wolf, Karlsruhe (1), Professor Max Roman, Karlsruhe (3), Wilsch, Karlsruhe (5), Georg Fesse, Karlsruhe (1), Professor Aug. Förster, Karlsruhe (1), D. Böttger, Karlsruhe (1), Professor Hans Thoma, Karlsruhe (1), R. Duffault, Karlsruhe (1), R. Weyher, Heidelberg (3), F. Nagel, Karlsruhe (1), Professor Hans von Holtmann, Karlsruhe (1), H. Baumeister, Karlsruhe (1), E. Harbers, Karlsruhe (1), Frau Roman-Foersterling (2).

Rheinische Creditbank.

Festhalle Karlsruhe.

Karfreitag den 10. April 1903

Passions-Musik

nach dem Evangelisten Matthäus
von Joh. Seb. Bach
unter Leitung von Felix Kottl.

In zwei Teilen.

Anfang des Ersten Teiles: 1/3 Uhr nachmittags, Ende: 1/5 Uhr nachmittags. Anfang des Zweiten Teiles: 6 Uhr abends, Ende nach 8 Uhr abends. Eröffnung des Hauses: 1/2 Uhr nachmittags.

Eintrittspreise: 6, 5, 4, 3, 2, 1.50, 1.— Mf.

Während der Pause ist den Besuchern der unentgeltliche Eintritt in den Stadtgarten gestattet.
Programme und Textbücher zu je 10 Pfg. an der Tageskasse von 1/2 Uhr nachmittags an.

Stelle-Bergebung.

Bei diesseitiger Dienststelle ist gemäß Verfügung des Stadtrats vom 28. März d. J. die etatmäßige Stelle eines Verwaltungsgehilfen alsbald zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt nach Maßgabe der städtischen Dienst- und Gehaltsordnung (Gehaltsklasse VII, Anfangsgehalt 1400 M., Höchstgehalt 2200 M.) mit Aussicht auf Aufbegehalt und Hinterbliebenenversorgung.

Bewerber mit geeigneter Vorbildung wollen ihre Gesuche unter Anschluß von Zeugnissen innerhalb 14 Tagen anher einreichen.

Freiburg i. Br., 1. April 1903.
Städt. Hauptmeldeamt für Krankenversicherung.
Bayer.

Aepfelwein

naturrein, glanzhell, haltbar

Joh. Georg Rackles
Hollieferant. Frankfurt a. M.
Goldene Medaille Paris 1900.

Ludwig Schweisgut,

Hollieferant, Karlsruhe
Erbprinzenstrasse 4.

Vorzügliche $\text{F}10.11$
Flügel, Pianinos,
Harmoniums.

Ueber hundert Instrumente der bedeut. Firmen zur Auswahl.
Katalog gratis und franko.
Telephon 1711.

Volontärstelle

In einer guten protestantischen Familie, zur Beaufsichtigung größerer Kinder, Kommissionen evtl. auch Verwendung in einem Ladengeschäfte zc. gesucht. Gute, familiäre Behandlung Grundbedingung. Offerten unter J. 852 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. J. 852.1

Man lasse sich durch nichts beirren.

FERRMANN'S BACKPULVER

ist und bleibt das Beste

laut Urteil erster chem. Autoritäten.

3.831. Karlsruhe.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Mit Gültigkeit vom 1. April d. J. wird im Ausnahmestadium 7 (Petroleum) des Tarifhefts 8 für den Verband von Ludwigshafen a. Rh. nach Weillheim ein Ausnahmefrachtzoll von 0.84 M. für 100 kg eingeführt.

Karlsruhe, den 4. April 1903.
Namens der beteiligten Verwaltungen
Groß. Generaldirektion
der Staatseisenbahnen.

3.859. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben die Lieferung von 5 Stück 3/5 gekuppelten Tenderlokomotiven zu vergeben.

Die für die Lieferung maßgebenden Zeichnungen und Bedingungen werden von unserem Maschinentechnischen Bureau gegen vorgängige Einzahlung von 3 Mf. abgegeben.

Angebote sind spätestens im Laufe des 9. Mai 1903 pofistfrei und verschlossen mit der Aufschrift „Lieferung von Tenderlokomotiven“ bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen. Karlsruhe, im April 1903.
Groß. Generaldirektion.

3.853. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Güterzug mit Personenbeförderung Nr. 902a Wlfrdingen ab 5. März 1903 an 6. März wird wie im Monat März auch im Monat April bis auf Weiteres nicht ausgeführt.

Groß. Generaldirektion.

Vereinsregister.

3.784. Gengenbach.

Zu Vereinsregister D.-J. 1. Gengenbach, wurde unter Nr. 2 eingetragen: Josef Schill ist ausgeschieden; in der Generalversammlung vom 11. Januar 1903 wurde Karl Huber, Schreinermeister in Gengenbach zum 11. Vorstand gewählt.
Gengenbach, den 3. April 1903.
Groß. Amtsgericht.